

# Senat der Wirtschaft warnt vor EU-Plänen: Technologie- und Energieträgerverbot für LKWs in Aussicht

[27.02.2024](#)

**Anfang März steht die Entscheidung des EU-Parlaments über eine Verschärfung der Emissionsnormen für Lastwagen und schwere Nutzfahrzeuge bevor. Die Initiative zur Senkung der Treibhausgasemissionen hat jedoch die weitreichende Folge, dass sie ein Technologie- und Energieträgerverbot für den Straßengütertransport vorsieht. Der Senat der Wirtschaft appelliert an die Entscheidungsträger, die drastischen Auswirkungen einer unüberlegten Annahme dieser Richtlinie zu stoppen!**

Die genaue Abstimmung über die Richtlinie steht noch aus, doch der Senat erkennt in dieser letzten Hürde eine entscheidende Chance, einen schwerwiegenden Fehler zu verhindern. *„Unser Ziel muss es sein, dass der im Trilog (Kommission, Rat, Parlament) erstellte Entwurf abgelehnt wird. Auch der dank Deutschland in letzter Minute erreichte Zusatz innerhalb eines Jahres Nachweismethoden für die ausschließliche Betankung mit CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffen zu bewerten, ist äußerst schwach und nicht ausreichend, um den Herausforderungen des Klimawandels angemessen zu begegnen,“* betont Senat der Wirtschaft Vorsitzender **Hans Harrer**.

*„Die Beschränkung auf die Erfassung der Tail-Pipe-Emissionen bedeutet ein inhärentes Technologie- und Energieträgerverbot für den Straßengütertransport. Dieser Ansatz verlangsamt die Reduzierung der tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich und erschwert den Aufbau von Produktionskapazitäten sowie den Markthochlauf von erneuerbaren Kraftstoffen und eFuels, auch für die Schifffahrt. Das Argument, erneuerbare Kraftstoffe und eFuels reichten nur für die Schifffahrt aus, basiert auf einer wissenschaftlich nicht belegbaren Annahme, die zukünftig verfügbaren Energiemengen ausreichend genau zu kennen, um eine angemessene Zuordnung zu unterschiedlichen Abnehmergruppen zu rechtfertigen,“* erklärt Senator Dr. **Matthias Rebernik**, CEO von Cryoshelter, dem führenden Entwickler von mobilen Gastanklösungen.

**Harrer** unterstreicht abschließend: *„Die CO<sub>2</sub>-Richtlinie für Lastwagen zu stoppen ist entscheidend, um eine weitere ideologiegetriebene Katastrophe zu verhindern. Der Senat der Wirtschaft ruft alle Entscheidungsträger dazu auf, die Tragweite ihrer Entscheidungen zu bedenken und sich für eine zukunftsorientierte Politik einzusetzen, die auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und eine nachhaltige Entwicklung fördert. Technologieoffenheit ist nachweislich der beste Weg, um Probleme anzupacken und eine für das Gemeinwesen zukunftstaugliche Lösung zu finden!“*

## **Rückfragen & Kontakt:**

SENAT DER WIRTSCHAFT

Mahdi Allagha

Mitglied der Geschäftsleitung

+43-664 887 333 11

[presse@senat.at](mailto:presse@senat.at)